

Wirtschaftsweiser Peter Bofinger hat Ideen für Wege aus der Krise – einige sind reichlich kühn

Damit uns die Polen nicht überholen

Die Kombination aus Egoismus und kurzfristigem Profitdenken war maßgeblich für den Ausbruch der Finanzkrise. Eine Erkenntnis, die nach Ansicht des Würzburger Wirtschaftsweisen Peter Bofinger bei den Verantwortlichen noch nicht angekommen ist. Seine Forderung: ein Paradigmenwechsel in der Gesellschaft.

Welche Schritte dazu notwendig sind, referierte der Ökonom beim „Zeitenwechsel“, dem „Talk im Uhrenhaus“, dem der DGB Mittelfranken regelmäßig in Kooperation mit der evangelischen und der katholischen Kirche in Nürnberg veranstaltet.

Nur wenn sich nachhaltiges Handeln in Politik und Wirtschaft durchsetzt, können laut Bofinger Egoismus und Kurzfristdenken ihre zerstörerischen Kräfte nicht mehr entfalten. Ziele wie zum Beispiel 25 Prozent Eigenkapitalrendite führten zum Niedergang selbst so renommierter Unternehmen wie Toyota. Jahrelang führte der japanische Autobauer die Pannentstatistik als zuverlässigster Hersteller an. Jetzt sei das Image von Toyota wegen klemmender Gaspedale und daraus resultierender tödlicher Unfälle innerhalb kürzester Zeit ruiniert worden. Grund für die Qualitätsmängel sei kurzfristiges Renditestreben.

Familienunternehmen stärken

Als Mittel gegen das Kurzfristdenken sieht der Wirtschaftsweiser beispielsweise die Stärkung von Familienunternehmen, die sich nicht über den Kapitalmarkt finanzieren und langfristige Unternehmensziele verfolgen. Auch das Zählen der Heuschrecken, also der Finanzinvestoren, sei ein möglicher Schritt, den die Politik gehen sollte. „Warum nicht 10 Prozent Unternehmenserwerbsteuer verlangen, die zurückgezahlt wird, wenn der Investor die Firma zehn Jahre lang hält?“, meint Bofinger. Wenn man in Deutschland ein Haus kauft, zahle man schließlich auch Grunderwerbsteuer. Ebenso müssten Sparkassen, Genossenschaftsbanken und alle anderen Kreditinstitute staatlich überstützt werden, die nicht kurzfristig der Steigerung der Ei-

genkapitalrendite hinterherhangeln.

Ganz entscheidend sei aber nach Bofingers Einschätzung auch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und die allgemeine Steigerung der Reallöhne, damit die Binnenkonjunktur nennenswerte Nachfrageimpulse auslöse. „Was ist denn Programm der Bundesregierung?“, fragt Bofinger, „schlanker Staat und Export“. Ein schlanker Staat entstehe, indem man Steuern senke. Dadurch entstünden Defizite, die zur Senkung der Staatsausgaben und staatlichen Investitionen führen. 1999 habe die Staatsquote noch 48 Prozent betragen, 2008 vor der Krise noch 44 Prozent und Ziel der Bundesregierung seien 42 Prozent. „Das sind 150 Milliarden Euro pro Jahr weniger bezogen auf 1999“, rechnet Bofinger vor. In skandinavischen Ländern liege die Staatsquote über 50 Prozent und in Frankreich bei 50 Prozent. Die dortige Bevölkerung sei zufrieden mit ihrem Staat, ganz im Gegensatz zu den Deutschen. „Gespart wird hierzulande an der Zukunft, denn die hat keine Lobby“, sagt Bofinger. Bei Kindern, Bildung und Infrastruktur werde der Rotstift angesetzt. Wenn sich der Kurs der Bundesregierung fortsetzt, werde sich Deutschlands Wohlstand im Jahr 2040 im unteren Drittel der OECD-Staaten befinden. „Und im Jahr 2060 überunden uns die Polen.“

Allein auf das Anspringen des Exportmotors zu setzen, sei wie das Warten der Bundesregierung auf Godot. Von 2000 bis 2009 stagnierte die Inlandsnachfrage in Deutschland, während der Exportzuwachs im gleichen Zeitraum 50 Prozent betrug. „Wir setzen hier aufs Ausland, das unsere Produkte kauft. Aber selbst wollen wir nichts ausgeben“, erläutert Bofinger. Andere Länder hätten sich massiv verschuldet, um unter anderem deutsche Waren kaufen



Peter Bofinger fordert ein Umdenken in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

FOTO DDP

zu können. Doch noch mehr Verschuldung werde es nicht geben. „Das Spiel ist aus“, sagt der Wirtschaftsweiser. Denn die Banken seien restriktiver in der Kreditvergabe und die Staaten könnten keine weiteren Konjunkturprogramme mehr auflegen. Also können die anderen Staaten nicht für ein Anspringen des deutschen Exports sorgen. Und der vermeintliche Heilsbringer China fahre genau die gleiche Strategie wie Deutschland. Im politischen Berlin sei diese Erkenntnis noch nicht richtig gereift.

Die Gier als zentrales Problem

Als Gegenstrategie müsse es einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel geben. Denn die Gier als zentrales Problem habe nicht nur die Manager, sondern jeden Einzelnen erfasst. Denn jeder setze auf Steuersenkungen und die Spirale vom schlanken Staat, der nichts mehr investieren kann, setze sich in Gang. „Wer vertritt denn unsere Interessen? Der Staat. Doch diese kann er nur vertreten, wenn er vom Bürger die fi-

nanzielle Grundlage dafür bekommt“, so Bofinger.

Doch dieser Staat müsse auch dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer fair behandelt werden. Hätte es in Deutschland in den letzten zehn Jahren statt Reallohnstagnation bis -rückgang pro Jahr ein Prozent mehr an Einkommen gegeben, hätte sich eine Binnendynamik entfaltet und der Einbruch des Exports hätte das Land nicht so beuteln können. Die Binnenkonjunktur hält Bofinger neben dem Export für eine ganz wichtige Stütze der Sozialen Marktwirtschaft. Doch wenn man hierzulande so weiter mache wie bisher, gefährde man genau diese Soziale Marktwirtschaft. Anstatt die durch Lobbyarbeit interessierter Wirtschaftsverbände in den Medien verbreitete Stimmung in der Bevölkerung „Der Staat ist dein Feind, weil er dein Geld will“ weiter zu kolportieren, müsste laut Bofinger die Erkenntnis reifen, wie sie in der Verfassung des Nachbarlandes Schweiz verankert ist: „Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.“ Hier sei es an den Gewerkschaften und den Kirchen, konzentriert publizistisch dagegenzuhalten – „auch wenn das viel Geld kostet“.

Bofinger lobt die Bundesregierung für ihre Innovationskraft in der Krise. Die Abwrackprämie hätte die Automobilindustrie gestützt und die Kurzarbeit hätte viele vor der Arbeitslosigkeit bewahrt. Doch jetzt müssten weitere Schritte in diese Richtung folgen. „Warum nicht eine Abwrackprämie für alte Produktionsanlagen zahlen?“, fragt Bofinger rhetorisch. Das sage für Aufträge und damit Arbeitsplatzsicherheit in der durch die Wirtschaftskrise gebeutelten deutschen Maschinenbaubranche. Auch die Bauwirtschaft könne profitieren, wenn es eine Abwrackprämie im Wohnungsbau gäbe. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Modernisierungsinvestitionen in Mietshäuser aus den 1950er Jahren beispielsweise hätte ähnlich belebende Impulse für die Gesamtwirtschaft.

„Auch die Wiedereinführung der Binnenkonjunktur stärken“, erklärt Bofinger. Ebenso ein massives staatliches Bildungsprogramm für fünf Jahre, das vielleicht zwischen 10 und 20 Milliarden Euro mehr Schulden verursacht, rentiere sich, damit „uns die Polen nicht überholen“. Denn Innovationen seien der Wachstumstreiber einer

Volkswirtschaft. Neue Ideen könnten aber nur gut ausgebildete Menschen entwickeln.

Damit die Staatsverschuldung nicht ins Unermessliche wächst, schlägt Bofinger ein radikales Durchforsten des deutschen Subventionsdschungels vor. „Wieso muss die Entgeltumwandlung sozialabgabenfrei sein?“, fragt er. Das sei nur ein Ergebnis guter Lobbyarbeit der Versicherungswirtschaft. Auch die Steuerfreiheit von 400-Euro-Jobs sei nicht vermittelbar. Denn wieso werde beispielsweise das 400-Euro-Einkommen der Ehefrau eines Zahnarztes aus einem 400-Euro-Job nicht auf das Gehalt des Gatten angerechnet und mit steuerpflichtig? Außerdem förderten diese Jobs den Trend der Unternehmen, reguläre Arbeitsplätze in 400-Euro-Jobs aufzusplitteln.

Ebenso sinnvoll wie kaum durchführbar sei eine konzertierte Aktion aller Industriestaaten gegen China. Doch so ein Vorgehen wäre laut Bofinger für das wirtschaftliche Wohlergehen aller Staaten sehr hilfreich. Denn China leiste sich mit seinen Umweltsünden, der Ausbeutung seiner Menschen (in den letzten zehn Jahren ist der private Konsum im Reich der Mitte gemessen am Bruttoinlandsprodukt von 50 auf 35 Prozent gesunken) und seiner Wechselkurspolitik weltweit den größten Egoismus.

Interbankenhandel eindämmen

Gut durchführbar sei dagegen aber ein Gesetz, um den Interbankenhandel einzudämmen. „Die Banken betreiben ein riesiges Kasino“, sagt Bofinger. Wenn man Forderungen von Banken gegenüber anderen Banken auf maximal 10 Prozent des Eigenkapitals begrenzen würde, gäbe es keine so großen wechselseitigen Abhängigkeiten mehr. Dann hätte der Staat die Banken, nur weil eine Pleite eines Kreditinstituts alle anderen mitreißen würde, in der Krise nicht stützen müssen. Und die Menschen würden ihr Geld eben bei Banken anlegen, die keine hohen Risiken eingehen.

> RALPH SCHWEINFURTH

Neben hohen Renditeerwartungen hält auch das staatliche Umweltschutzdenken Investoren vom Wohnungsbau ab

Mieter sitzen in der Öko-Falle

Das Bild wird sich im Freistaat in den nächsten Jahren noch häufig wiederholen: Der auch für den Wohnungsneubau zuständige bayerische Innenminister tritt mit sorgenvoller Miene vor die Öffentlichkeit und verkündet, dass sich die Situation auf dem Mietmarkt weiter verschärft hat. Ein Schuldiger wird meist verschwiegen: der Umweltschutz.

Joachim Herrmann hatte wenig Grund zur Freude. Der CSU-Resortchef musste mitteilen, dass im Jahr 2008 in ganz Bayern nur 36 000 Wohnungen fertiggestellt wurden – „der niedrigste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1951“, so der Minister. „Und für 2009 erwarten wir ein ähnliches Ergebnis.“ In den nächsten beiden Jahren wird sich die Situation sogar noch weiter verschärfen, denn die Wirtschaftskrise stoppt den Zuzug nach Bayern keinesfalls, im Gegenteil. Auch wenn im Freistaat in den vergangenen Monaten überproportional stark gekündigt wurde, gibt es zwischen Aschaffenburg und Garmisch immer noch die meisten offenen Stellen, gemessen an der Gesamtheit der Arbeitslosen.

Die Zahlen klingen beängstigend: In den nächsten 15 bis 20 Jahren wird die Zahl der Haushalte um jährlich 7 Prozent steigen, was insgesamt zu einem Mehrbedarf an über 880 000 Wohnungen führen wird, davon ein Drittel im Groß-



Schon heute fehlen in Bayern über 260 000 Wohnungen.

FOTO DDP

raum München. Und weil ja schon in den vergangenen Jahren viel zu wenig gebaut wurde, fehlen derzeit bereits über 260 000 Wohnungen.

Für Professor Stephan Kippes vom Immobilienverband Deutschland (IVD) trägt die Abschaffung der degressiven Abschreibung – damit konnte ein Investor seine Schulden schneller abschreiben – sowie die Beseitigung der Eigenheimzulage eine wichtige Mitschuld. „Damit hat der Staat von sich aus wichtige Impulse beseitigt.“ Hinzu käme eine deutlich zugunsten des Mieters geänderte Rechtsprechung, die Vermieter eher abschrecke, vor allem Kleininvestoren, die meist ihre gesamten Ersparnisse in

eine oder zwei Mietwohnungen stecken. „So kann der Mieter eine Wohnung mit deutlich kürzerer Frist kündigen als der Vermieter“, kritisiert Kippes. Auch bei so genannten Schönheitsreparaturen habe der Gesetzgeber vor einigen Jahren den Vermieter benachteiligt. Obwohl es laut Mietvertrag eigentlich dazu verpflichtet wäre, würde es vielen Mietern leichter gemacht, sich beispielsweise vor notwendigen Renovierungen zu drücken, der Vermieter bliebe dann allein auf den Kosten sitzen.

Außerdem müsste, so Kippes, in vielen Städten hinsichtlich der zulässigen Verdichtung von Wohnraum umgedacht werden. „Da wurde beispielsweise im Münch-

ner Stadtteil Pasing vor 40 Jahren ein kleines Häuschen auf einem Grundstück von 3000 Quadratmetern errichtet, da wohnte dann maximal eine Familie drin. Doch das ist heute Platzverschwendung, da passen auf den gleichen Grund heute zwei Mehrfamilienhäuser drauf.“ Und die Chance, preiswert in die Höhe zu bauen – was gerade in einigen Golfstaaten vorgemacht wird –, haben sich die Münchner mit einem Volksentscheid zunichte gemacht, der alle Bauwerke verbietet, die höher sind als die Türme der Frauenkirche.

Xaver Kroner, Chef des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen, macht vor allem die massiv gestiegenen Renditeerwartungen von Investoren verantwortlich für die fehlende Bereitschaft, Wohnungen zu bauen. „Da agieren inzwischen viele internationale Firmen und die lehnen die langfristigen deutschen Vertragsformen mit 20 oder 30 Jahren Laufzeit ab.“ Doch auch das wachsende Umweltschutzdenken der vergangenen Jahre wirke sich negativ aus. „Das ist ein Tabu, darüber darf nicht geredet werden“, klagt Kroner, fest stehe aber: „Die massiven Auflagen, gerade bei der energetischen Bauweise, schrecken potenzielle Bauherren oft ab. Und wenn sie doch alle Vorgaben erfüllen, dann legen sie die Kosten natürlich auf die Miete um, die sich dementsprechend erhöht.“

Hinzu kommen in München, der Stadt mit dem dramatischsten Wohnungsmangel Bayerns, auch die negativen Begleiterscheinungen einiger grundsätzlich gutgemeinter Sozialmaßnahmen. Kroner nennt hier als Beispiele die „sozial gerechte Bodennutzung“ – sie erzwingt bei Investoren eine Beteiligung an den Kosten für die Infrastruktur – oder die Tatsache, dass bei Neubauten der öffentlich geförderte Sektor einen Anteil von mindestens 10 bis 15 Prozent aufweisen muss. „Vielen Investoren ist das leider schon zu viel“, bedauert Kroner, „und dann lassen sie es gleich ganz sein.“

Staat muss Mangel an Wohnraum beseitigen

Für den Rechtsanwalt Thomas Emmert, Sprecher des bayerischen Mieterbundes, sind das meist nur vorgeschobene Argumente. Nach seiner Ansicht hat die bayerische Staatsregierung die Bedeutung des Wohnungsmangels, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, noch nicht erkannt. „Das spielt nicht wirklich eine wichtige Rolle, sonst würden sie anders handeln“, meint Emmert, der konkret daran denkt, dass sich der Staat selbst als Bauherr betätigt, um den Bedarf wirklich zu befriedigen. „Wir brauchen einen runden Tisch, an dem sich

alle Beteiligten zusammensetzen und diskutieren, welchen Stellenwert wir dem Wohnen in den nächsten Jahren in unserer Gesellschaft geben wollen“, fordert Thomas Emmert.

Für Emmert ist klar: Entspannt sich vor allem der südbayerische Mietmarkt nicht, gehen dem Freistaat kreative Köpfe verloren, die genau aus dem Grund einen Umzug absagen – besonders schlimm angesichts des Fachkräftemangels. Dieser Ansicht ist man auch beim Verband der bayerischen Wirtschaft (vbw). „Es muss alles getan werden, um neuen Wohnraum zu schaffen“, fordert Hauptgeschäftsführer Bertram Brosardt. Es stimme bedenklich, wenn man sehe, dass der Wohnungsneubau heute nur noch bei einem Drittel des Werts von vor 15 Jahren liegt. „Wir müssen zum einen darauf hoffen, dass die Konjunktur wieder in Gang kommt, dann wird auch die Bauwirtschaft wieder anspringen. Parallel dazu müssen politisch die richtigen Entscheidungen getroffen werden“, meint der Verbandschef. Es müssten mehr Flächen für die Bebauung erschlossen werden. „Außerdem sollten die Verkehrssysteme verbessert werden, damit Menschen verstärkt im Umland wohnen können und dennoch die Innenstadt in angemessener Zeit erreichen können“, so Brosardt weiter. > ANDRÉ PAUL